

**WAHLPROGRAMM ZUR BERLINER  
ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026**

**DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI**

**ES REICHT!  
GELD FÜR  
BERLIN  
UND SEINE  
MENSCHEN  
STATT  
WAFFEN  
FÜR DEN  
KRIEG!**

**LANDESV ERBAND  
BERLIN**



**DKP** 



Alle merken es: Am Ende des Monats ist immer weniger Geld in der Tasche. Die Miete steigt gnadenlos von Jahr zu Jahr. Die Lebensmittelpreise schießen in die Höhe. Viele müssen die Heizung im Winter drosseln oder ganz auslassen, damit die Rechnung nächstes Jahr noch bezahlt werden kann. Der Förderverein in der Schule bittet erneut um Spenden, weil der Senat den Haushaltsplan noch einmal gekürzt hat. Die S- oder U-Bahn fallen mal wieder aus. Der nächste freie Termin beim Arzt ist erst in drei Monaten. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Berlin steckt in der Krise - einer Krise des Kapitalismus. Die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbundenen Parteien bieten keine Perspektive, keine Hoffnung für die Zukunft. Sie schüren stattdessen Angst vor Russland und Migranten und bieten nur ein Rezept an: Aufrüstung und die gleichzeitige Militarisierung der Gesellschaft. Nach dem sie uns drei aufeinander folgende Jahre der Stagnation beschert haben, erklären sie den Übergang zur Kriegswirtschaft zum Heilmittel für alle Übel. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen „kriegstüchtig“ gemacht, im Klartext: militarisiert werden. Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsinfrastruktur, Arbeitsstätten - alles wird auf dieses Ziel ausgerichtet. 2026 steckt die Bundesregierung mindestens 108 Mrd. Euro in die Aufrüstung, bis 2035 soll der jährliche Etat (je nach Inflation) auf rund 250.000.000.000 Euro (250 Mrd.) aufgestockt werden. Wo soll das Geld herkommen, wenn nicht über Schulden und durch Kürzungen bei sozialen und kulturellen Programmen und in der Bildung?

Schon seit Jahren leidet Berlin unter den vielen Kürzungen. Es reicht! Wir brauchen Geld für unsere Stadt statt Waffen für den Krieg!

Als Deutsche Kommunistische Partei (DKP) setzen wir uns mit aller Kraft für den Frieden und ein gesichertes Leben für alle ein. Der Griff der Banken, Konzerne und Superreichen auf Berlin muss endlich gebrochen werden.

Wie geht das?



## **Wohnungen für alle: Keinen Profit mit Wohnraum!**

In Berlin liegen Mietpreise und Obdachlosigkeit auf Rekordniveau. Allein in den letzten zwei Jahren hat sich die Zahl der Menschen ohne Wohnung mehr als verdoppelt. Sie wird weiter steigen, weil die Bevölkerung der Stadt wächst und es viel zu wenig freie Wohnungen gibt, die Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlen können. Dabei gab es noch vor 30 Jahren genug leerstehende Wohnungen - aufgrund vorangegangener Wohnungsbauprogramme, vor allem aber als Überbleibsel der DDR-Wohnungspolitik, bei der die sichere Unterkunft der Bevölkerung Grundrecht und Staatsziel war. Seit 1990 wurde der Wohnungssektor jedoch gezielt dem Kapitalismus ausgeliefert. Der Senat, ganz egal unter welcher Regierung, ließ Wohnhäuser in Ostberlin abreißen, privatisierte massiv, und die Wohnungen, die in der Öffentlichen Hand blieben, wurden ebenfalls den Regeln des Markts unterworfen.

Der Senat hätte Handlungsmöglichkeiten. Er könnte die steigenden Mieten stoppen, indem er beispielsweise bei den Wohnungen in Landesbesitz politisch gedeckelte Mietobergrenzen festlegen würde. Er könnte das Zweckentfremdungsverbot (z. B. für Ferienwohnungen) durchsetzen. Er könnte Zwangsräumungen von Wohnungen verbieten und so verhindern, dass immer mehr Menschen auf der Straße landen. Im Jahr 2025 verzeichnete Berlin rund 54.000 Wohnungslose und über 2.200 Zwangsräumungen. Wir Kommunisten wollen, dass Wohnraum nicht länger der Profitmacherei unterworfen wird, sondern dass er ausschließlich den Bedürfnissen der Bevölkerung dient. Privaten Wohnungskonzernen muss der Zugriff auf Berliner Wohnungen verboten werden. Die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung der Wohnungskonzerne gehört auf die Tagesordnung. Wir brauchen ein massives kommunales Wohnungsbauprogramm nach dem Vorbild der Berliner Großwohnsiedlungen 1919 - 1933 sowie des DDR- Wohnungsbaus.

### **Deshalb fordern wir:**

- Einen politisch festgelegten Mietendeckel!
- Das Verbot von Zwangsräumungen!
- Endlich den demokratischen Willen der Berliner aus dem Volksentscheid 2021 umzusetzen - die privaten Wohnungskonzerne vergesellschaften! Enteignen, aber richtig - keinen Profit für Vonovia & Co.!
- Eigentümer der über 40.000 dauerhaft leerstehenden Wohnungen in Berlin müssen eine Strafe zahlen! Nach einem Jahr Leerstand muss die Wohnung an die Stadt übergeben werden. Das Gleiche gilt für die 1,7 Millionen m<sup>2</sup> leerstehenden Büroflächen in Berlin!
- Ein umfassendes kommunales Wohnungsbauprogramm!
- Schluss mit dem kapitalistischen Stadtumbau!



# Berlin braucht keine Rüstungsbetriebe und Musterungszentren

Seit der vom früheren Kanzler Scholz angekündigten „Zeitenwende“ fördert die Bundesregierung den Übergang von Unternehmen von der zivilen zur militärischen Produktion. Auto- und Drohnenhersteller werden von Rüstungskonzernen wie Rheinmetall zugekauft und auf die Produktion von Panzern und Kamikaze-Drohnen umgestellt. Auch Berlin ist davon nicht verschont. Seit Juli 2025 wird z.B. der Autozulieferer Pierburg in Wedding auf Rüstungsproduktion umgestellt. Doch damit nicht genug: Der Senat will die Stadt zur Rüstungsmetropole ausbauen („Defence Hub“), indem er für Rüstungsunternehmen bestmögliche Produktions- und Entwicklungsbedingungen schafft, Ressourcen und Infrastruktur zur Verfügung stellt und Wissenstransfer von Hochschulen fördert.

Die Wirtschaftsführer und Politiker behaupten, Rüstungsausgaben seien ein Mittel, um Beschäftigung und Wachstum zu sichern. Doch für jeden Euro Steuergeld, der in die Rüstungsindustrie fließt, fallen deutlich weniger Arbeitsplätze und zusätzliche Wirtschaftsleistung ab, als das z.B. im Bauwesen, in der Pflege oder im Bereich der erneuerbaren Energien der Fall wäre. Volkswirtschaftlich gesehen ist Waffenproduktion völlig unproduktiv!

Die Pläne der Bundesregierung, die Wehrpflicht schrittweise wieder einzuführen, sind auch in unserer Stadt zu spüren. An jeder zweiten Straßenecke wirbt die Bundeswehr auf Werbeplakaten um neue Rekruten. Während Jugendzentren immer mehr verschwinden, sollen neue Musterungszentren durch die Anmietung großer Flächen eröffnet werden.

## Deshalb fordern wir:

- Die Umstellung aller industriellen Rüstungsproduktion in Berlin auf zivile Güter und dabei die Erhaltung aller Arbeitsstellen!
- Investitionen in produktive Bereiche wie Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und erneuerbare Energien statt in unproduktive Rüstungsindustrie!
- Nur zivile Forschung und Lehre an den Berliner Hochschulen!
- Kein Werben fürs Sterben: Keine Bundeswehr-Werbung in Berlin!
- Nein zur Wehrpflicht und zur Eröffnung von Musterungszentren!
- Kriegstreiber stoppen: Schluss mit militärischen Übungen und Manövern in Berlin!





## **Geld für Bildung statt für Kriegsvorbereitung**

Auch im Bildungswesen und im Kulturbereich machen sich die Kürzungen längst bemerkbar. Schulen, Hochschulen, Jugendzentren und kulturelle Einrichtungen werden heruntergewirtschaftet. Das fängt beim Personal an und hört bei den Toiletten noch lange nicht auf. Stattdessen Verdummung statt Bildung. Autoritätsgläubigkeit statt Erziehung zur Selbständigkeit, Soldatinnen und Soldaten statt aufgeklärter Bürgerinnen und Bürger.

Die Beschäftigten sind am Limit ihrer Kräfte - in allen Bereichen des Bildungssystems. Nun soll dort noch weiter gekürzt werden. Das bedeutet: noch weniger Geld für die Zukunft unserer Kinder. Das Bildungssystem wird immer weiter privatisiert - Bildung ist so zunehmend eine Frage des Geldes.

### **Deshalb fordern wir:**

- Rücknahme der Kürzungen! Stattdessen 200 Mio. Euro Investitionen in den Ausbau von Bildungsangeboten für die Berliner Kinder und öffentliche Sportstätten!
- Kleinere Klassen und mehr Personal in Schulen!
- Unterstützung der Lehrkräfte bei ihrem Auftrag zur Friedenserziehung der Kinder (§ 1 des Berliner Schulgesetzes)!
- Keine Offiziere an unseren Schulen und Hochschulen! Keine Zusammenarbeit mit dem Militär!



## **Verkehrsinfrastruktur: Immer unzuverlässiger und immer teurer**

Die Infrastruktur in Berlin bricht förmlich vor unseren Augen zusammen. Straßen, Brücken und Schienen sind zunehmend in einem maroden Zustand. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Es wurde seit Jahren nicht ausreichend in die öffentliche Infrastruktur investiert. Milliarden wurden und werden für den Ausbau der Stadtautobahn A100 verschwendet und gleichzeitig sind S-Bahn und BVG seit Jahrzehnten unterfinanziert. Die S-Bahn-Privatisierungsphantasien des Senats verschwenden zusätzliche Millionen und verstärken die Unsicherheit in Bevölkerung, Belegschaft und Baugewerbe. Die unterbesetzte Belegschaft von Bus und Bahn muss tagtäglich die Misere ausbaden. Die Attraktivität dieser für die Daseinsvorsorge wichtigen Berufe und die Löhne müssen deutlich erhöht werden!

Es braucht ein langfristiges Konzept, wie der öffentliche Verkehr in Zukunft im Sinne der Berlinerinnen und Berliner entwickelt werden soll. Wir fordern, dass die Autobahn-Milliarden für Instandhaltung, Personal, Wartung und Erneuerung des Nahverkehrs verwendet werden. Wir lehnen jede Form der Investition für militärische Zwecke ab.

## **Deshalb fordern wir:**

- Einen kostenlosen Nahverkehr in Berlin und Brandenburg!
- Weg vom Individualverkehr, stattdessen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs!  
Für einen bedarfsgerechten und preiswerten Taxitransport!
- Keine Zerstückelung oder Privatisierung der S-Bahn!
- Sanierung der BVG und S-Bahn durch die öffentliche Hand: Geld für Stadtverkehr statt neue Straßen!
- Ein gut ausgebautes, günstiges, städtisch organisiertes Sharingangebot  
(Roller, Fahrräder, Autos, Lastenräder) in allen Stadtteilen!



## **Gesundheit ist keine Ware**

Auf einen Arzttermin warten wir in Berlin mitunter sehr lange. Vor allem an Haus- und Kinderärzten mangelt es. Besonders unterversorgt sind Bezirke im Berliner Osten sowie Spandau und Reinickendorf. Nicht nur im ambulanten Bereich verschlechtert sich die Versorgung, auch viele Krankenhäuser haben Mühe, finanziell über die Runden zu kommen. Krankenhäuser werden wie private Unternehmen geführt, dadurch ist der Druck, Gewinne zu erzielen, enorm hoch. Zudem kommt das Land Berlin seit Jahren seiner Investitionspflicht gegenüber den Krankenhäusern nur ungenügend nach, was den Kostendruck weiter verstärkt. In Pflegeheimen sieht es nicht besser aus. Auch hier fehlt Personal, und Gewinne sollen erzielt werden. Gleiches gilt für Arztpraxen. Wenn Kapitalinteressen bedient werden müssen, bleiben eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung, eine auskömmliche Bezahlung der Beschäftigten und mehr Personal sowie eine gute Prävention und Gesundheitsförderung auf der Strecke.

Das Gesundheitswesen, allen voran Ärzte und Pflegefachkräfte der Krankenhäuser, werden auf die Folgen eines militärischen Ernstfalls vorbereitet. Die Bevölkerung hat dabei hinzunehmen, dass die medizinische Versorgung des militärischen Personals Vorrang gegenüber der Zivilbevölkerung bekommt (sog. „Triage“).



## **Deshalb fordern wir:**

- Eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung für alle!
- Keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen!
- Geld für Gesundheit, Prävention und Pflege, nicht jedoch für Militarisierung!



## **Hauptstadt der Polizeigewalt und des Abbaus demokratischer Rechte**

Einst die „Stadt des Friedens“ ist Berlin heute zur Hauptstadt der Repression geworden. Zahllose Demonstrationen wurden in den letzten Jahren willkürlich verboten. Wohnungen von friedlichen Palästina-Aktivist\*innen und Büros von humanitären Initiativen wie der „Friedensbrücke e.V.“ wurden durchsucht. Besucher von Berliner Ehrenmalen zur Befreiung vom Faschismus werden an Gedenktagen von der Polizei kontrolliert und eingeschüchtert. Am stärksten von der Repression betroffen ist die Bewegung gegen Israels Völkermord in Palästina. Alle Parteien im Abgeordnetenhaus – von der AfD bis zu „Die Linke“ – schauen seit Jahren zu, wie die Polizei brutal gegen friedliche Proteste vorgeht. Der Abbau der Demokratie und die allgemeine Rechtsentwicklung aller im Parlament vertretenen Parteien gehen Hand in Hand mit der Militarisierung unserer Gesellschaft. Gesetzswidrige Handlungen der Polizei haben keine Konsequenzen.

Mit dem im Dezember 2025 novellierten Sicherheits- und Ordnungsgesetz bekommt die Polizei weitere Befugnisse, die Bürger umfassend zu überwachen und willkürlich zu kontrollieren. Für Überwachungssysteme gibt der Senat Millionen Euro aus, anstatt die eigentliche Hauptursache der Kriminalität – die Armut – anzugehen.

## **Deshalb fordern wir:**

- Schluss mit der Repression: Schutz für die Palästina- und Antikriegsbewegung!
- Die Rücknahme des neuen Polizeigesetzes: Berlin braucht Geld für Armutsbekämpfung statt für Überwachung und Ausgrenzung!
- Keine Überwachung oder Abriegelung öffentlicher Räume wie z.B. des Görlitzer Parks!
- Keine Verfremdung oder Beseitigung antifaschistischer Denkmäler!

# BERLIN, STADT DES FRIEDENS

Der Kampf für Frieden ist Teil des politischen Erbes dieser Stadt, entstanden in einer langen Geschichte, die von der antimilitaristischen Bewegung im Ersten Weltkrieg, dem Antifaschismus und dem Antiimperialismus der DDR bis hin zu den heutigen Friedensdemonstrationen und den aktuellen Protesten für die Befreiung Palästinas reicht. Nur im Kampf gegen die Militarisierung können wir die Zerschlagung des Sozialstaats stoppen und eine hoffnungsvolle Zukunft für alle Berlinerinnen und Berliner sichern.

Die DKP kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, der Rentner, der Kinder und Jugendlichen, der Studierenden und der Arbeitslosen zu verbessern. Für eine friedliche Zukunft und eine sozialistische Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist!

## MELDE DICH BEI UNS UND WERDE AKTIV!

Die zehn Berliner DKP-Grundorganisationen treffen sich regelmäßig. Nähere Infos findest du auf [berlin.dkp.de](http://berlin.dkp.de) oder schreib uns per Mail oder über soziale Medien:

[lv.dkp-berlin@posteo.de](mailto:lv.dkp-berlin@posteo.de)



@DKPBerlin

## UZ-FRIEDENSTAGE

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT



28. – 30. AUGUST

FRANZ-MEHRING-PLATZ 1

— EINTRITT FREI —